



**SLÖ trauert  
um Václav Havel**

(Seite 2)

**Klaus-Klausel  
ist gefallen**

(Seite 3)

**Tribüne der  
Meinungen**

(Seite 16)

## 2 von 3 Tschechen gegen Rückgabe des Kircheneigentums

Mehr als zwei Drittel der Tschechen sind gegen die Rückgabe des einstigen, vom kommunistischen Regime beschlagnahmten Kircheneigentums. Dies geht aus einer Umfrage des Prager Meinungsforschungsinstituts STEM hervor. 69 Prozent der Teilnehmer der Befragung sprachen sich gegen die Restitutions aus, während nur 31 Prozent dafür waren. Noch im April des Jahres 2007 unterstützten 45 Prozent der Beteiligten in einer ähnlichen Umfrage die Rückgaben des früheren Kirchenbesitzes.

STEM-Chef Jan Hartl führt den Widerstand darauf zurück, daß es um die Restitutions viele Unklarheiten gebe und daß weder die Kirchen noch die Politiker imstande seien, der Öffentlichkeit zu erläutern, warum die Eigentumsrückgaben stattfinden sollten. „Die Politi-

ker haben festgestellt, daß es ein unpopuläres Thema unter den Leuten ist. Und die Kirchen wollten nicht, daß die Öffentlichkeit sie nur mit dem Eigentum verbindet“, so Jan Hartl.

Laut der jüngsten STEM-Umfrage sind gegen die Restitutions naturgemäß vor allem die Atheisten – 82 Prozent. Dem gegenüber liegt bei den Gläubigen der Anteil der Befürworter der Rückgaben bei 67 Prozent.

Die Befragung wurde in einer Zeit durchgeführt, als die im Sommer 2011 mühsam erzielte Vereinbarung der Regierung mit den Kirchen in Sachen der Kirchen-Restitutions erneut auf Probleme stieß. Eine der Koalitionsparteien – Öffentliche Angelegenheiten (VV) – lehnte es gegen Jahresende ab, einen entsprechenden Gesetzentwurf zu unterstützen.

VV argumentierte, man habe bisher keine Antwort auf die Frage bekommen, woher der Staat das Geld für die Entschädigung nehmen werde.

Der Entwurf sieht die Rückgabe von rund 56 Prozent des einstigen Kircheneigentums im Wert von umgerechnet 2,9 Milliarden Euro vor. Zusätzlich sollen im Laufe von dreißig Jahren finanzielle Entschädigungen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro plus Zinsen ausbezahlt werden. Die Einigung sieht auch vor, daß der Staat die Kirchen noch siebzehn Jahre subventionieren wird, davon die ersten drei Jahre im bisherigen Umfang. Danach sollten die Subventionen jährlich um fünf Prozent gesenkt werden. Das Gesetz soll im Parlament so verabschiedet werden, daß es am 1. Jänner 2013 in Kraft treten kann.

Wer zahlt?

VON MANFRED MAURER

EINMAL MEHR MACHTE sich der Bund deutscher Vertriebener vor kurzem stark für eine Entschädigung von deutschen Zwangsarbeitern, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Basis des Kollektivschuldprinzips ausgebeutet worden sind. Die Erfolgchancen sind freilich irgendwo zwischen einem und null Prozent anzusetzen. Denn was die Politik in Deutschland davon hält, ist schon lange klar. Die Forderung wird ja nicht zum ersten Mal erhoben. Manchmal tun Politiker sogar so, als würden sie das Anliegen unterstützen. Das tun sie aber nur dann, wenn sie wissen, daß ihr Tun ohne Folgen bleibt. So hatte die CDU / CSU-Bundestagsfraktion schon im Jahre 2003 mit den Stimmen der FDP-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter eingebracht. Pech nur, daß die heute Regierenden damals keine Mehrheit hatten und die rot-grüne Mehrheit ein solches Gesetz verhinderte. Was für ein Glück, mögen sich naive oder einfach dem Wort eines Politikers noch vertrauende Bürger gedacht haben, daß die Union und FDP bei der letzten Wahl die Mehrheit im Bundestag errungen haben. Doch auch zwei Jahre nach dem Start der schwarz-gelben Koalition deutet nichts auf eine Umsetzung der vor acht Jahren so eifrig verfolgten Pläne hin. Im Gegenteil: Als im vergangenen August die – ohnehin bescheidene – Forderung nach einer Einmalzahlung in Höhe von 5000 Euro an deutsche Zwangsarbeiter debattiert wurde, kam das Njet nicht nur von SPD, Grünen und Linken, sondern auch von vermeintlich befreundeter Seite: In einem Schreiben an BdV-Präsidentin Erika Steinbach lehnte der deutsche Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU!) eine Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter mit der Begründung ab, daß deren Leid ein „Massenschicksal“ sei, das nicht entschädigt werden könne. Darüber hinaus habe man gar kein Geld für die Entschädigung.

LETZTERES PROBLEM könnte aber inzwischen als gelöst betrachtet werden, nachdem man sich ja bei den Schulden der verstaatlichten Hypo Real Estate verrechnet und die deutsche Staatsverschuldung plötzlich um 55 Milliarden geringer als bis dahin angenommen ist. Also, wenn man wollte, ginge schon was. Aber: Man will eben nicht.

DABEI IST die Frage durchaus berechtigt, warum der deutsche Staat das überhaupt wollen soll? Ist er nicht eigentlich der falsche Adressat für Entschädigungsforderungen? Die polnischen NS-Zwangsarbeiter wurden ja schließlich mit ihren Anliegen auch nicht bei der Regierung in Warschau vorstellig, sondern holten sich das Geld in Deutschland und Österreich. Warum wendet sich der BdV nicht an Polen, Tschechien oder die Slowakei, also an all jene Staaten, die nach dem Krieg von der Zwangsarbeit profitiert haben? Es ist doch ein international übliches Rechtsprinzip, daß der Verursacher eines Schadens dafür geradzustehen hat. Deutschland und Österreich werden tagtäglich daran erinnert, daß sie auf ewig eine Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen auf sich geladen haben, eine Verantwortung, die auch für jene Generationen pekuniäre Folgen hat, die mit dem damaligen Regime nun wirklich nichts mehr zu tun haben konnten.

Fortsetzung auf Seite 2

## DAS BILD DER HEIMAT



Das Kirchlein am Heidebrünnel inmitten der winterlichen Landschaft des Altvatergebirges. Im Hintergrund kann man den 1421 Meter hohen Kepernik erkennen. Das Kirchlein war ein bedeutender Wallfahrtsort für Nordmährer und Schlesier.

## Der Dalai Lama beehrte Prag

Das geistige Oberhaupt der Tibeter, der Dalai Lama, folgte einer Einladung des inzwischen verstorbenen Ex-Präsidenten Václav Havel zum Tag der Menschenrechte (10. 12.) und verbrachte drei Tage in Prag. Havel, der zu diesem Zeitpunkt noch immer mit seiner schweren Lungenerkrankung kämpfte, war von seinem Landhaus nach Prag gekommen, um seinen Freund willkommen zu heißen. Beide trafen sich schon zum zehnten Mal. Auf dem Programm des Dalai Lamas stand unter anderem eine Diskussion in der Philosophischen Fakultät der Karlsuniversität zur aktuellen Menschenrechtssituation in China. Es ist schon bemerkenswert, daß sich diese moralische Autorität als Aufputz des Menschenrechtstages in einem Land hergibt, in dem Vertriebene noch immer Menschen zweiter Klasse sind. Schließlich ist auch der Dalai Lama ein Vertriebener. Aber vielleicht hat er ja noch nichts gehört von den Beneš-Dekreten...

## „Familia Austria“ wird immer größer

Die Österreichische Gesellschaft für Genealogie und Geschichte freut sich, daß nur wenige Wochen nach der letzten Einspeisung schon wieder tausende neue Daten in ihrer Einwohnerdatenbank „Familia Austria“ zu finden sind. Diese ist frei, ohne Zwangsregistrierung und oder Kennwort benutzbar.

Derzeitiger Stand: Listen: 929 (+ 37) – Orte: 6511 (+ 141) – Datensätze: 204.633 (+ 9061). Die zeitliche Bandbreite reicht vom 16. bis ins 20. Jahrhundert.

Das Besondere an der Einwohnerdatenbank ist, daß bereits Menschen aus allen Winkeln der alten Monarchie enthalten sind. Das heißt, gleich, ob Sie beispielsweise in Böhmen forschten, oder in der Steiermark oder in Siebenbürgen, sie kann Ihnen überall sehr nützlich sein.

Datenbank-Abfrage und weitere Infos finden Sie im Internet unter: <http://familia-austria.at>.

Auf der angegebenen Webseite finden Sie auch die Aufnahmeerkriterien für die Einwohnerdatenbank.

## 10. Ball der Heimat

Noch sind es ein paar Wochen bis zum 10. Ball der Heimat, der von den Siebenbürger Sachsen, den Donauschwaben und den Sudetendeutschen sowie von allen anderen Landsmannschaften, unter der Ägide des VLÖ, gemeinsam durchgeführt wird. Dieser wird am Samstag, dem 18. Februar, wieder im Arcotel Wimberger, Wien 7, Neubaugürtel, stattfinden.

Dazu sind die Vorbereitungen abgeschlossen und der Kartenvorverkauf ist schon im Gange. Man sollte sich aber nicht allzuviel Zeit für den Kauf und die damit verbundenen Platzbestellungen lassen, bei der SLÖ, 1030 Wien, Steingasse 25, Tel. (01) 718 59 19, Fax (01) 718 59 23; Montag bis Freitag von 9 bis 13 Uhr.

Die große Pause wird von der Volkstanzgruppe Kosterneburg aus unserer Patenstadt gestaltet. Sie werden uns etliche Volkstänze vorführen und einige gemeinsam mit den Ballgästen tanzen.

Beim letzten Ball waren wir nicht so gut vertreten, wie wir es gewünscht hätten. Aus diesem Grunde ist gerade 2012 ein guter Besuch von seiten unserer sudetendeutschen Landsleute, deren Bekannten und Freunde sowie vor allem der mittleren und jüngeren Generation unbedingt notwendig. Laden Sie Ihre Kinder und Enkelkinder sowie deren Freunde persönlich zum Ball ein.

Übrigens: Die Eintrittspreise werden gegenüber 2011 nicht erhöht, sie bleiben gleich, und im Vorverkauf spart man etliche Euros. Es gibt auch Trachtenkarten. In diesem Sinne erwarten wir uns wieder ein schönes und unterhaltsames Ballfest.

## Asche aufs Haupt!

Unentschuldig, aber leider doch passiert: In der letzten Folge der „Sudetentpost“ ist in einem Artikel auf Seite 2 durch eine Unachtsamkeit die Ortsbezeichnung „Bratislava“ ohne die Erwähnung des deutschen Namens „Preßburg“ durchgerutscht. Die Redaktion bittet um Nachsicht.

# PAMO-Studientagung: Auf der Suche nach der verlorenen Erinnerung

Der Pädagogische Arbeitskreis Mittel- und Osteuropa – PAMO-Hessen – veranstaltete im November in Bad Kissingen eine Studientagung unter dem Motto „Auf der Suche nach der verlorenen Erinnerung – Wege zu einem besseren Verständnis zwischen Deutschen und Tschechen“. Zu obigem Thema hatten sich Multiplikatoren und Lehrer aus Hessen, Bayern und Thüringen am Heiligenhof versammelt. Zum Besuch waren einige der Teilnehmer sicher auch durch das aktuelle Thema „Die Beneš-Dekrete. Stolperstein oder Mythos in der deutsch-tschechischen Geschichte“ angeregt worden. Sie waren in der Diskussion um den Film „Töten auf Tschechisch“ immer wieder genannt worden. Mit StD Adolf Fiedler nahm sich ein profundere Kenner dieses Themas gleich am Anfang der Tagung an.

Einen nächsten Schwerpunkt bildete die Vorstellung der Autorin Radka Denemarková. 2006 veröffentlichte sie „Penize od Hitlera“ (Geld von Hitler), das 2009 auch auf Deutsch unter „Ein herrlicher Flecken Erde“ erschien. Hinter beiden Titeln vermutet man nicht unbedingt ein Thema, das die Autorin darin aufnimmt. Sie schildert darin das Schicksal eines jüdischen Mädchens Gita Lauschmannová, das nach 1945 aus dem KZ allein in ihren Heimatort Puklice zurückkehrt und feststellen muß, daß sie von der einen Verfolgung durch die Nazis in die nächste durch

ihre tschechischen Dorfnachbarn gerät. Die Zahl der Tschechen, die die Sprache und die Thematik der jungen Autorin schätzen, war immerhin so groß, daß sie in Prag bereits zweimal mit dem renommierten Magnesia-Literaturpreis ausgezeichnet wurde. Ihr Auftritt in Bad Kissingen war ein kleiner Beitrag dazu.

Am Donnerstag morgen wurde deutlich, wie gelungen es war, daß Radka Denemarková am Abend vorher ihre Lesung gehabt hatte. Annelies Schwarzwald folgte nun mit ihrem Beitrag Theorie und Praxis: Anregungen für künstlerische und szenische Wege zur Literaturinterpretation am Beispiel ihrer Biographie „Wir werden uns wiederfinden“. Darin schildert sie bereits 1981 eindringlich den schweren Abschied mit ihrer Familie von ihrer Heimat Oberpraunsitz im Jahre 1945. Seitdem führen es viele Schulen als Schullektüre. Frau Schwarz zeigte nun, was man über das einfache Lesen hinaus mit dieser Lektüre machen kann. Die Teilnehmer verstanden bald, daß man besonders Schüler der Sek. I dazu bringen kann, ganz bestimmte Szenen – zum Beispiel die des Abschiednehmens beim Versiegeln der Haustür – im Klassenraum nachzustellen. Hier zeigte sich, wie intensiv das Erleben von Literatur werden kann, wenn Sequenzen auf diese Weise nachgestellt werden. Daß das auch Erwachsene und Abiturienten können, führte Frau Schwarz vor. Auch Schlüs-

selzenen aus Denemarková's Roman würden sich für eine solche Intensivierung eignen.

Der tschechische Filmemacher David Vondráček, der schon mit dem Film „Töten auf Tschechisch“ für viel Aufsehen gesorgt hatte, stellte im Rahmen der Studientagung seinen neuen Dokumentarfilm „Sag mir, wo die Töter sind“ vor. Der Film zeigt, daß es in Tschechien in verschiedenen Teilen Massengräber gibt, von denen leider in den meisten Fällen nur noch Spuren vorhanden sind. Der Film zeigt u. a. solche Problemgebiete bei Dobrenz und im Adlergebirge.

Bewegend war es, als sich Birgit Krone zu Wort meldete, die Tochter eines Zeitzeugen, mit dem Vondráček diesen Film drehen konnte. In dem weiteren Dokumentarfilm „Sag mir, wo die Dörfer sind“, der erst in jüngster Zeit entstanden ist, nimmt Vondráček noch einmal dieses Motiv des verschwundenen Sudetenlandes auf: Damit verweist er auf ein weiteres wichtiges Kapitel, das in Deutschland weitgehend der Untersuchung harret. Jetzt liegt zum Glück wenigstens dieser Film vor. Beide Filme sind bemerkenswert. Sie zeichnen sich durch klare und präzise Darstellung aus, die nicht jammert oder ideologisch verbiegt. Ihnen ist leider auch gemein, daß sie nicht in deutscher Sprache vorliegen. Eine Synchronisation wäre also dringend erforderlich.

Das Frankreich von Nicolas Sarkozy ist nicht frei von inneren Widersprüchen. Aber in einem heben sich seine Akteure von der politischen Klasse auf der anderen Rheinseite deutlich ab: Sie beugen sich nicht so schnell Druck von außen. Trotz massiver Drohungen aus der Türkei hat die Nationalversammlung in Paris vor Weihnachten 2011 einem Gesetzentwurf zugestimmt, der das Leugnen des Völkermords an den Armeniern unter Strafe stellt. Paris hatte die Verbrechen im Osmanischen Reich von 1915 bis 1917 bereits im Jänner 2001 zum Genozid erklärt, nun sah es über diesen symbolischen Akt hinaus Handlungsbedarf. Die Staatsanwaltschaft muß jetzt einschreiten, sollte jemand den Völkermord leugnen – etwa auf Transparenten oder Plakaten während einer Demonstration. Damit nicht genug: Es können auch Organisationen, die sich für die „moralischen Rechte und Ehre von Opfern eines Genozids, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen“ engagieren, als Nebenkläger gegen Genozid-Leugner auftreten.

Es mag ja sein, daß hier wahlaktische Überlegungen im Spiel sind, daß Sarkozy bei der anstehenden Präsidentenwahl auf die Stimmen der 500.000 französischen Bürger armenischer Herkunft spekuliert. Entscheidender ist freilich etwas anderes. Mit dieser Gesetzesinitiative, für die Paris eine politische Eiszeit im Verhältnis zu Ankara in Kauf nimmt, bleibt die Erinnerung an die Massaker an den (christlichen) Armeniern lebendig. Bei diesem ersten Genozid des 20. Jahrhunderts, dem „Holocaust vor dem Holocaust“, kamen nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 200.000 und 1,5 Millionen Menschen ums Leben. Frankreich traut sich also was. „Wann wird Berlin uns endlich einen vergleichbaren Schutz bieten?“ fragte der Vorsitzende des Zentralrats der Armenier in Deutschland, Azat Ordughkanyan. Die deutsche Politik begegne den christlichen Armeniern „mit viel Gleichgültigkeit“. Nicht nur ihnen, muß man hinzufügen. Auch die deutschen Opfer von Verbrechen warten noch immer darauf, daß man ihnen staatlicherseits in Würde gedenkt. Die politischen Debatten über einen nationalen Gedenktag gehen auch 2011 weiter, ohne große Hoffnung, daß sich die Fraktionen einigen werden. Deutschland braucht nicht unbedingt scharfe Gesetze wie in Frankreich zugunsten der Armenier. Es würde reichen, sich endlich von der eindimensionalen Moral zu lösen, die Opfer in solche erster und zweiter Klasse einzuteilen, die Klischees zu zertrümmern, wonach die Verbrechen durch Tschechen oder Polen ausschließlich die Folgen der Hitlerschen Politik sind – mit dieser oberflächlichen Ursache-Wirkung-Theorie lassen sich die „ethnischen Säuberungen“ nicht deuten. Die Geschichte ist komplizierter. Doch wer stellt sie angemessen dar? Die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in der deut-

schen Bundeshauptstadt? Es ist das Verdienst von Erika Steinbach, der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), das Projekt auf den Weg gebracht zu haben. Einen Sitz im Stiftungsrat hat man ihr verwehrt. Wenn man will, kann man darin das erste Indiz für die programmierte geschichtspolitische Schiefelage der Bundesstiftung sehen. Steinbach hat stets daran erinnert, daß es unredlich ist, die Geschichte mit Hitler beginnen zu lassen. Daß es eine Vorgeschichte gibt, zur Weimarer Zeit, die nicht verschwiegen werden darf. Daß zum Beispiel Polen nicht nur Opfer gewesen ist.

Wenn nicht alles täuscht, will die Stiftung sich mit einigen semantischen Klimmzügen über dieses politisch verminten Terrain hinwegwageln. Wenn der polnische Eroberungsfeldzug gegenüber der Sowjetunion (1920 / 1921) nur als „Kampf um Wilna“ abgehandelt wird, der Einfall polnischer Einheiten im Mai

muster der Vertreibung bis heute Bestand haben. Selbst angesehene Kirchenmänner halten an ihnen fest. Zum Beispiel der Prager Erzbischof Dominik Duka. Er unterscheidet in einem jüngst veröffentlichten Interviewband zwischen „Abschub“ (er bedient sich wie die maßgeblichen Politiker seines Landes der bekannten verharmlosenden Terminologie) und „wilder Vertreibung“. Der Dominikaner Duka (die „Sudetendeutsche Zeitung“ hat darüber kommentarlos berichtet) versucht sich sogar in einer Art Ehrenrettung für den Vertreterpräsidenten Edward Beneš: „Denn beim Abschub bestehe ich darauf, daß es kein willkürlicher Schritt Beneš' war, sondern die Entscheidung der Alliierten. Dieser Abschub konnte nicht die alleinige Erfindung von Beneš sein – der Hauptstrategie war doch Josef Stalin. Zum Abschub kam es jedoch nicht nur in der Tschechoslowakei. Ich kann also jenen Mitbrüdern deutscher Nationalität nicht zustimmen, wenn sie behaupten, daß Beneš der Hauptarchitekt und der Schuldige des Abschubs sei.“

Daß der Polit-Schurke in der Emigration alle Propaganda- und Täuschungsregister gezogen hatte, um die Westalliierten und natürlich auch Stalin für die Vertreibung der Sudetendeutschen zu gewinnen, und der sein Land für vier Jahrzehnte in kommunistische Gefangenschaft führte, wird von dem Erzbischof seltsamerweise nicht erwähnt. Noch einmal Duka im O-Ton: „Die Kirche selbst hat nicht die wilde Vertreibung und die damit verbundene Gewalt akzeptiert. Sie akzeptierte den Abschub als Entscheidung der Machthaber.“ Diese versuchte Differenzierung macht die Sache freilich nicht besser, sie liegt ganz auf der Argumentationslinie der offiziellen Prager Politik: Die „Exzesse“ unmittelbar nach Kriegsende werden bedauert, aber bei der „Abschub“ genannten systematischen Vertreibung versteckt man sich hinter den Großen Drei von Potsdam. Immerhin ist Duka so ehrlich, zuzugeben, daß der „Abschub“ der Sudetendeutschen ein schwerer Schlag für die Kirche war: „Große Gebiete wurden so zu Territorien ohne kirchliche Verwaltung... Die Gebiete wurden mit Menschen besiedelt, die keine Beziehung zu dem jeweiligen Ort hatten, so daß die Situation nach der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung unerfreulich war.“ Unerfreulich, anders kann man es nicht nennen, war auch die Haltung der tschechischen Bischöfe. In ihrem Hirtenbrief hatten sie lediglich verlangt, „daß mit den Bürgern deutscher Nationalität human umgegangen werden soll“ (Duka). Im übrigen haben sie, wie erwähnt, die Vertreibung akzeptiert. „Dies“, so kann man nach den Worten des Prager Erzbischofs entnehmen, „ist einer der diskutierten Punkte im Prozeß der Seligsprechung von Josef Kardinal Beran.“ Anders ausgedrückt: Auch auf der Kirche in den böhmischen Ländern lastet noch eine Hypothek aus der Vergangenheit.

## Antideutsche Geschichtspolitik

— Von Gernot Facius —

1921 in Oberschlesien als ein „Konflikt um Oberschlesien“ bezeichnet wird, man also das Warschauer Aggressionspotential schönerfärbiger relativiert, dann hat das einen üblen Beigeschmack: Offenbar soll das Stiftungsziel „Versöhnung“ so dynamisch aufgeladen werden, daß die Mitschuld Polens (und, wie man noch sehen wird, der tschechischen Politik) negiert wird. Sudetendeutsche fragen zurecht, wie die Stiftungsplaner mit der Prager Nationalitätenpolitik umgehen, die mitursächlich für die politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts waren? Sollte es sich bewahrheiten, daß der 4. März 1919, der sudetendeutsche Schicksalstag, an dem Abertausende für das Selbstbestimmungsrecht demonstrierten, und der in einem Blutbad endete, in dem bisherigen Konzept nicht vorkommt, so wäre das mehr als nur eine peinliche Auslassung. Es wäre eine bewußte Manipulation. Merke: Halbe Wahrheiten sind immer ganze Lügen! Da braucht man sich eigentlich nicht zu wundern, daß bei der Darstellung der Nachkriegsgeschichte das Wort „Verbrechensverbrechen“ unter den Tisch fällt. Um mit dem Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, zu sprechen: Hier wird antideutsche Geschichtspolitik betrieben, um der Politischen Correctness zu genügen.

Gewiß wäre es ungerecht, das postkommunistische Polen und die heutige Tschechische Republik für das Nachkriegsunrecht verantwortlich zu machen. Verstörend wirklich allerdings, daß die alten Prager Erklärungs-